Beschluss Für ein Berliner Demokratiefördergesetz und den Schutz der Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung

Gremium:	Kreisvorstand Tempelhof-Schöneberg
Beschlussdatum:	02.10.2024
Tagesordnungspunkt:	4. Inhaltliche Anträge

Antragstext

Ein Demokratiefördergesetz für Berlin

In einer Zeit wachsender politischer Polarisierung und vermehrter Angriffe auf demokratische Grundwerte ist die Förderung der Demokratie dringend notwendig. Wir erleben einen besorgniserregenden Anstieg gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, darunter Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Homo- und Transfeindlichkeit, und die grundlegende Infragestellung demokratischer Werte und Institutionen. Diese Entwicklungen stellen eine Bedrohung für viele Menschen in unserem Land und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt da. Projekte, Initiativen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich aktiv für die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten einsetzen, sind daher heute wichtiger denn je. Daher braucht Berlin dringend ein Demokratiefördergesetz, um einen verlässlichen Rahmen für die demokratiefördernde Arbeit im Land Berlin zu schaffen und Extremismus und Menschenfeindlichkeit zu vorzubeugen.

Die schwarz-rote Landesregierung hat in Ihrem Koalitionsvertrag die Schaffung eines solchen Gesetzes vereinbart. Ein von der Sozialverwaltung vorgelegtes Eckpunktepapier wird allerdings von der CDU-geführten Bildungsverwaltung blockiert. Eine baldige Verabschiedung ist nicht absehbar.

Politische Bildung muss unabhängig bleiben!

Auch der Schutz der bestehenden Institutionen zur politischen Bildung, insbesondere der Landeszentrale für politische Bildung ist wichtig wie nie. Die Landeszentrale spielt eine zentrale Rolle in der demokratischen Bildung und der Bekämpfung von Menschenfeindlichkeit und Radikalisierung. Wir Grünen in Tempelhof-Schöneberg lehnen die geplante Schaffung der neuen Stabsstelle „Politische Bildung und Demokratieförderung“ in der Bildungsverwaltung entschieden ab. Diese Stabsstelle würde tief in die Unabhängigkeit der Landeszentrale eingreifen und ihre Arbeit politisch beeinflussen.

Die Landeszentrale soll in Zukunft ihre Programme sowie die Förderung von Projekten inhaltlich mit der Stabsstelle abstimmen und sie von ihr genehmigen lassen. Auch das Jahresprogramm, die Förderung einzelner Träger sowie die Erstellung von Bildungsmaterialien sollen nur mit Zustimmung der Stabsstelle erfolgen. Dies stellt einen nie dagewesenen Eingriff in die Autonomie der Landeszentrale dar. Die Tatsache, dass die Stellen der neuen Stabsstelle nicht ausgeschrieben, sondern direkt ernannt werden sollen, weckt Zweifel an deren politischen Unabhängigkeit. Diese Unabhängigkeit ist jedoch ein zentraler Pfeiler der politischen Bildungsarbeit.

Der Versuch der CDU-geführten Bildungsverwaltung, die Landeszentrale durch eine politisch gesteuerte Stabsstelle zu kontrollieren, könnte dazu führen, dass unbequeme oder politisch unerwünschte Inhalte nicht mehr gefördert werden. Schon

im Kuratorium der Landeszentrale hat die CDU versucht, die Ausrichtung der Einrichtung „umzukrempeln“, weil diese nach Auffassung der CDU etwa mit Kursen zu antimuslimischem Rassismus oder Antifeminismus zu sehr auf Identitätspolitik setze. In Zeiten zunehmender rassistischer, antisemitischer, misogyner und queerfeindlicher Übergriffe braucht Berlin aber mehr antirassistische und antisexisitische Bildungsarbeit und nicht weniger!

Demokratieförderung auch vor Ort

Die Bedrohung der Demokratie ist nicht abstrakt – sie zeigt sich in unseren Kiezen und Gemeinschaften. In Tempelhof-Schöneberg gibt es bereits zahlreiche Projekte, die sich erfolgreich für die Förderung der Demokratie und den Abbau von Diskriminierung einsetzen. Diese Projekte sorgen dafür, dass demokratische Werte in unseren Kiezen gelebt und weitergegeben werden. Ein Landesdemokratiefördergesetz könnte genau solche Projekte nachhaltig stärken, indem es ihnen langfristige Planungssicherheit und stabile finanzielle Förderung bietet. Diese Projekte sind essenziell für den Erhalt einer offenen und demokratischen Gesellschaft vor Ort und dürfen nicht durch politische Einflussnahme in ihrer Arbeit eingeschränkt werden.

Forderungen

Die Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung muss erhalten bleiben. Wir fordern den Berliner Senat auf, die Pläne zur Schaffung der Stabsstelle umgehend zurückzunehmen und die Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung zu wahren und stattdessen ein umfassendes und nachhaltiges Demokratiefördergesetz zu verabschieden, um die langfristige Förderung von Demokratie und zivilgesellschaftlichem Engagement zu gewährleisten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Insbesondere lokale Projekte, wie die in Tempelhof-Schöneberg, müssen durch klare und langfristige finanzielle Unterstützung abgesichert werden, um demokratische Werte in unseren Kiezen zu festigen.